

Unterstützungsprogramm für Tunesien hätte Signalwirkung

Tunesien steht an vorderster Front des demokratischen Wandels in der arabischen Welt. Als relativ kleines Land bietet Tunesien ein ideales «Versuchsfeld» für die erfolgreiche Demokratisierung der Region. Ein internationaler Hilfsplan soll sicherstellen, dass dieses einzigartige Experiment von Erfolg gekrönt ist. Von Klaus F. Zimmermann

Das tunesische Volk hat in den vergangenen Monaten in seinem Ringen um Freiheit und Demokratie ein bemerkenswert hohes Mass an Verantwortungsbewusstsein und Augenmass gezeigt und sich damit weltweit Sympathie und Anerkennung erworben. Die gewaltfreie Revolution dient als Vorbild für die gegenwärtigen Demokratiebewegungen in der arabischen Welt und wird die Beziehungen der Mittelmeerstaaten in Nahost und Nordafrika zur Europäischen Union auf ein neues Fundament stellen. Für die kommenden Generationen könnte die historische Bedeutung der gegenwärtigen Ereignisse gleichbedeutend mit dem Fall der Berliner Mauer sein. Daher ist die internationale Gemeinschaft dringend aufgerufen, jetzt die Chance des Augenblicks zu ergreifen und sicherzustellen, dass Tunesien zum Präzedenzfall für positiven sozialen, ökonomischen und demokratischen Wandel in der Region und darüber hinaus wird.

Grosses Potenzial im Mittelmeerraum

Das tunesische Volk engagiert sich mit Entschlossenheit für die Vollendung seiner Revolution und die Schaffung eines demokratischen Staates mit zukunftsfähigen Institutionen. Dass die Gleichberechtigung der Geschlechter nun auch im Wahlrecht ihre Verankerung findet, ist ein besonders starkes Signal und wegweisend für einen nachhaltigen sozialen Wandel.

Viele Länder der Region beobachten die Situation in Tunesien und auch die Position des Westens genau. Ein Scheitern des Umbruchs in Tunesien muss verhindert werden, denn dies wäre eine folgenschwere Niederlage für alle Protagonisten demokratischer Reformen in der Region und ein «Sieg» für die dortigen Diktaturen. Dadurch würde es unweigerlich zu einem Export von Extremismus und einem kontinuierlichen Strom von Flüchtlingen aus der Region kommen.

Als Staatengemeinschaft stehen wir in der kollektiven Verantwortung, den erfolgreichen Übergang Tunesiens zur Demokratie zu unterstützen und damit auch den Beweis anzutreten, dass wirtschaftliche Zusammenarbeit und Partnerschaft einen wirksamen Schutz gegen Extremismus bieten.

Es wäre fatal für Tunesien, wenn der Rest der Welt abwarten würde, bis der politische Wandel abgeschlossen ist, während sich die wirtschaftliche Lage des Landes zusehends verschlechtert. Bereits jetzt belaufen sich die Kosten des Umbruchs auf über 2 Milliarden Dollar. Aufgrund der zusätzlichen Belastungen durch den Krieg in Libyen und den Einbruch des Tourismus um rund 80 Prozent ist im laufenden Jahr für die tunesische Volkswirtschaft ein Negativwachstum zu erwarten.

Als Ökonomen wissen wir, dass sich Investitio-

nen oft erst langfristig auszahlen. Geeignete Investitionsmöglichkeiten, eine restrukturierte Wirtschaft, das hohe Qualifikationsniveau der Erwerbsbevölkerung, die Nutzung moderner Technologien sowie die geografische Nähe zu Europa machen Tunesien zu einem einzigartigen Wirtschaftspartner für die EU. Das neue Tunesien hat das Potenzial, zu einem der attraktivsten und am schnellsten wachsenden Wirtschaftszentren des Mittelmeerraums zu werden.

Die G-20-Staaten erklärten im Februar 2011: «Wir sind bereit, Ägypten und Tunesien durch notwendige Massnahmen zur rechten Zeit zu unterstützen.» Wir begrüssen diesen ersten Schritt und rufen die Teilnehmer des anstehenden G-8-Gipfels in Deauville dazu auf, den tunesischen Übergang zur Demokratie zu fördern. Dazu sollte unter Tunesiens eigener Federführung eine «Roadmap» erarbeitet werden, die die beteiligten Akteure und die erforderlichen Hilfsmassnahmen klar benennt.

Umfassendes Unterstützungsprogramm

Dieser Plan sollte aus verschiedenen Elementen bestehen. Erstens gehören Beihilfen für sofortige Nahrungsmittel- und Energiesubventionen sowie ein Umschulungsprogramm für arbeitslose Hochschulabsolventen dazu. Zweitens sollte ein G-8-Hilfsprogramm im Umfang von 20 bis 30 Milliarden Dollar über einen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren für gezielte Investitionen im Landesinnern, um alle Regionen Tunesiens zu öffnen und wirtschaftlich zu verknüpfen (durch langfristige zinsgünstige Kredite, aber auch durch Kapitalhilfen), zur Verfügung gestellt werden. Mithilfe dieses Programms sollen der Transportsektor aufgebaut, die technologische Infrastruktur modernisiert und Industriezonen entwickelt werden. Ziel soll es sein, durch eine Restrukturierung und Stärkung des Finanzsystems einen geeigneten wettbewerblichen Rahmen für die Entwicklung der Privatwirtschaft zu schaffen. Drittens muss festgelegt werden, wie und in welchem Zeitrahmen die relevanten internationalen Finanzinstitutionen (IMF, Weltbank/IBRD, EBRD, EIB, ADB und IDB) der tunesischen Wirtschaft als Partner für Wachstum und Entwicklung zur Verfügung stehen.

Viertens sollte eine speziell für die Region zuständige Finanzinstitution eingerichtet werden. Dies wäre nicht nur ein starkes politisches Signal, sondern auch ein Garant für Effizienz und Transparenz in der Entwicklungszusammenarbeit. Fünftens sollten die teilnehmenden europäischen Länder erklären, dass sie Tunesien durch die Anerkennung als «Assoziierter Partner» unterstützen und ihm Zugang zu den Europäischen Strukturfonds gewähren. Und schliesslich muss ein Mechanismus geschaffen werden, der den Wissenszugang verbesser-

sert und den Austausch zwischen jungen Menschen im Mittelmeerraum und darüber hinaus fördert.

Dieser Hilfsplan soll sicherstellen, dass das tunesische Experiment von Erfolg gekrönt ist. Die Gesamtkosten entsprechen lediglich 2–3 Prozent der Mittel, die die Bundesrepublik Deutschland für die Wiedervereinigung aufgewendet hat. Sie liegen unter der Summe, die der Irak-Krieg in zwei Monaten kostet. Die internationale Gemeinschaft kann es sich nicht leisten, untätig zu bleiben.

.....
Klaus F. Zimmermann (Universität Bonn und IZA, Deutschland) ist Mitunterzeichner dieses Aufrufs von internationalen Ökonomen (unter anderem Joseph Stiglitz, Nouriel Roubini), der im Vorfeld des G-8-Gipfels auch in anderen führenden internationalen Tageszeitungen erscheint.